Donnerstag, den 12. Juni 1924.

Einzelnummer: 20 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 29.

Erscheint 2mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 5 Groschen, im Text 10 Groschen. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6 Uhr nachmitt.

Der Abonnementspreis für den Monat Juni beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Die polnisch-litauische Spannung.

Von
Armin Zerbe.

Seit der Erledigung der Wilnafrage durch den Botschafterrat, also seit März 1923, betrachtet sich Litauen im Kriegszustande mit Polen befindlich. Die nationalistisch-klerikale litauische Regierung kann die Wilnaentscheidung nicht verwinden. Sie sieht den Einfall der Armee des Zeligowski, der die Abtrennung Wilnas zur Folge hatte, als ein schweres, dem litauischen Volke zugefügtes Unrecht an. Nicht einmal die Entscheidung in der Memelfrage, die für Polen ungünstig ausfiel, macht Litauen geneigter, mit Polen eine Verständigung zu suchen.

Selbstverständlich trägt auch Polen große Schuld. Polen hat bisher nichts getan, um das polnische und litauische Volk einander näher zu bringen. Es hat vielmehr durch die rücksichtslose Unterdrückungspolitik in den Grenzgebieten sowie durch die Streitigkeiten auf internationalem Gebiet reichlich dazu beigetragen, eine Atmosphäre zwischen den beiden Völkern zu schaffen, die zu ernsten Sorgen Anlaß gibt. Wer zwischen den Zeilen der letzten Nachrichten aus dem weißrussischen Grenzgebiet zu lesen versteht, der wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß das, was dort geschieht, nicht mehr bloße Grenzreibungen sind. Die litauische Regierung hütet sich wohlweislich, zuerst mit Polen ernstlich anzufangen. Sie tut aber anderseits alles, um Polen eins auszuwischen. Die in polnischen Ketten schmachtenden Weißrussen sind nur allzugern bereit, den gegen Polen gerichteten Machenschaften der litauischen Regierung Vorschub zu leisten. Die Verhältnisse, die gegenwärtig an der litauisch-sowjetrussisch-polnischen Grenze herrschen, sollten für unsre Herren in Warschau ein warnendes Memento sein, was es heißt, brutale Unterdrückunspolitik zu betreiben.

Wir würden uns Lügen strafen, wollten wir behaupten, daß die Weißrussen von vornherein dem polnischen Staate feindlich gegenüberstanden. Die Weißrussen waren überzeugt, für ihre Fragen bei dem durch die Fremdherrschaft so schwer geprüften polnischen Volke Verständnis zu finden. Doch weit gefehlt! Durch die Unterdrückungspolitik hat sich Polen in den Weißrussen erbitterte Feinde geschaffen. Und wenn heute die weißrussischen Sejmabgeordneten der polnischen Regierung ins Gesicht schleudern: „Eure Politik schreit nach Rache!", „Ihr sollt euch über unsre Vergeltung nicht zu beklagen haben!", so zeugt das nur dafür, daß die Lage in dem weißrussischen Grenzgebiet sehr ernst ist, und daß die Weißrussen, gestützt auf Litauen und Sowjetrußland, kein Blatt vor den Mund zu nehmen brauchen.

Die Zustände in den Grenzgebieten schreien zum Himmel. Die Weißrussen und die Litauer des Wilnaer Gebiets träumen ganz offen von der Befreiung aus den polnischen Ketten. Die Bauern emigrieren nach Sowjetrußland und Litauen, wo sie mit offenen Armen aufgenommen werden. Die allgemeine Unzufriedenheit nützen Litauen und Sowjetrußland weidlich aus, indem sie in der Rolle von Befreiern auftreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das immer mehr um sich greifende Bandenwesen die stille Unterstützung Litauens und Sowjetrußlands findet. Die Bandenführer werden vom Volke als die Rächer des zugefügten Unrechts angesehen, die brennenden polnischen Siedlungen als die Signale der herannahenden Vergeltung.

Die polnischen Nationalisten haben den Brei angerührt. Sie müssen ihn nun auch fressen. Doch wie sie ihn fressen wollen, läßt die Befürchtung, daß sie sich verbrennen werden. Dies wäre um sie nicht schade; schade wäre es um das polnische Volk, das nur unnötig bluten müßte. Polen schickt Truppenverstärkungen nach der litauisch-sowjetrussischen Grenze. General Rydz-Smigly hält Truppenparaden ab und führt ein Regiment der militärischen Faust, über das sich sogar rechtsstehende polnische Blätter aufregen. Die Litauer ziehen natürlich auch Truppen zusammen. Sie gehen sogar weiter, indem sie Freischaren, die sogenannten Schaulissen bilden, die demonstrierende Umzüge an der Grenze abhalten. Drohungen und Beschimpfungen der polnischen Posten sollen eine alltägliche Sache sein. Von polnischer Seite will man die Feststellung gemacht haben, daß sich unter den litauischen Truppen auch Kosaken aus der Don- und Kubangegend befinden. Dies würde ein Beweis mehr dafür sein, daß Sowjetrußland mit Litauen zusammengeht. Es hat allen Anschein, daß man auf beiden Seiten geneigt ist, wieder ein bißchen Krieg zu spielen, als wäre in Europa noch nicht genug Blut geflossen.

Wenn Rydz-Smigly die polnischen Grenzen vor Bandenübergriffen schützen will, so ist das eine Sache, der wir zustimmen. Keinesfalls können wir dagegen gutheißen, daß dieser General gleichzeitig auch die Zivilgewalt ausübt. Wo Generale geherrscht haben, gab es allemal nichts Gutes. Und erst recht nicht in den Grenzgebieten. Ein Wink von Warschau, sich von den litauischen Truppenmanövern nicht provozieren zu lassen, würde unsrem forschen General sicher nichts schaden.

Vor allen Dingen müßte mit Hochdruck die Regelung der Minderheitenfrage betrieben werden, um den Stachel, an den sich Sowjetrußland und Litauen so gern reiben, zu beseitigen. Würde Litauen Sowjetrußland nicht hinter sich fühlen, dann wäre es auch zur Regelung der noch strittigen Fragen geneigter.

Unser Außenministerium hat eigentlich in keinem politischen Streit so offenkundig seine Unfähigkeit erwiesen, wie in diesem. Lettland und Estland hat man sich wegen der schroffen Haltung Sowjetrußland gegenüber verscherzt. Diese beiden Länder machen jetzt mit Litauen gemeinsame Sache.

Im englischen Parlament richtet der Pazifist Morel ein Anfrage nach der anderen an die englische Regierung. Er fordert von Macdonald Aufklärung, ob die Stänkereien an der polnisch-litauischen Grenze Auswüchse des zügellosen polnisch-litauischen Militarismus sind oder aber ernsteren Charakter tragen. Und Macdonald gibt eine Antwort, die die Chauvinisten beider Staaten zur Besinnung bringen sollte. Er sagte, daß das, was sich an den polnisch-litauischen Grenzen abspielt, die Wirkung der Unterdrückungspolitik ist, die diese beiden Staaten gegenüber ihren Minderheiten anwenden. Heute ist man noch beim Prüfen der gegenseitigen Kräfte. England werde, um einen ernsten Konflikt zu vermeiden, durch Noten auf beide Staaten ermahnend einzuwirken suchen. Ob diese Noten was helfen werden? Jedenfalls ist man in Polen auf dem Wege, das bißchen englische Gunst, das Polen entgegengebracht wird, gänzlich zu verspielen.

Aber noch nicht genug damit. Die Tschechoslowakei schließt mit Litauen einen Handelsvertrag und benützt diese Gelegenheit, um auf das Grab des in Kämpfen mit polnischen Truppen gefallenen „unbekannten" litauischen Soldaten einen Kranz niederzulegen. Also auch von hier aus eine Spitze gegen Polen.

In Litauen wie bei uns hat man bisher nichts getan, um die Atmosphäre der Spannung zu entgiften, die jeden Augenblick durch eine Entladung zu einer gewaltigen Katastrophe führen kann. Man treibt den Konflikt auf die Spitze. Und zum Unglück ist in Warschau von der Erleuchtung nichts zu merken, daß man nur durch die Verabschiedung der Politik des verbrecherischen Nationalismus mit den Völkern in eigenem Staate sowie mit den Nachbarvölkern zu Ruhe kommen kann.

Wer den Staat bestohlen hat.

Eine Zusammenstellung aus vergangenen Tagen.

In Warschau erschien im Verlage des „Instituts für soziale Wirtschaft" aus der Feder des Herrn T. Szturm de Sztren ein Buch, das die Wirtschaft Polens während der Inflation an Hand von Ziffern bespricht.

Danach lebte der Staat seit dem Jahre 1919 bis 1923 von der Geldentwertung. In dieser Zeit gab die Inflation dem Staate 77,5% seiner Einnahmen, die indirekten Steuern 14,5% und die direkten Steuern nur 8%. Während dieser Zeit haben also die besitzenden Kreise dem Staate nicht nur nichts gegeben, sondern von diesem in Gestalt der Inflation ungeheuere Summen als Geschenk erhalten. Charakteristisch ist dabei: Die Spiritussteuer wurde im Laufe von zwei Jahren (1922 und 1923) um das zehnfache erhöht, die Zuckersteuer um das sechsfache, die Oelsteuer um das sechsfache, die Zündholzsteuer um das neunfache, doch die Grundsteuer nur um das zweifache, so daß sie sehr oft kaum den Gegenwert eines halben Eies pro Morgen darstellte.

Die besitzenden Kreise haben ungeheuere Summen aus dem Staatsschatz bezogen. Der Verlust an nichtvalorisierten den Privatpersonen erteilten Krediten beträgt bis Ende 1923 — einundneunzig Millionen Dollar. Diese ungeheuere Summe ist direkt ein Geschenk der Regierung an die Kapitalisten gewesen.

In derselben Zeit betrugen die Einnahmen aus den indirekten Steuern, die nur von den Werktätigen gezahlt werden, nur 75,5 Millionen Dollar.

Daraus ist es klar ersichtlich, wer den Staat erhalten und wer ihn bestohlen hat.

Daß es heute, in der Zeit des Zloty, Bankrotte regnet, ist also nicht zu verwundern. Der Handel und die Industrie wurden fünf Jahre lang von der Regierung ausgehalten.

Die Stellungnahme der P.P.S. zu Grabski.

In einer Fraktionssitzung der P. P. S., in der die Redner für die Budgetberatungen bestimmt wurden, wurde nachstehende Entschließung angenommen: „Die Sejmfraktion der P. P. S. nimmt den politisch-parlamentarischen Bericht des Abg. Barlicki zur Kenntnis und erklärt, daß sie in der Debatte über das Budget sich für die Sanierung der Finanzen aussprechen werde. Dagegen wird sie eine ablehnende Haltung gegen die allgemeine Politik der Regierung einnehmen, da diese im Geiste der Reaktion geführt wird".

Her mit dem Staatsanwalt!

Wie bekannt, hat die Staatsanwaltschaft Konitz den Antrag auf Auslieferung des Abg. Pankratz, Bromberg, gestellt. Abg. Pankratz soll in einer öffentlichen Rede die „Staatseinrichtungen" (Bank Polski) verächtlich gemacht haben.

Die Sache entbehrt nicht eines humoristischen Beigeschmacks, wenn man hört, wen die Konitzer Staatsanwaltschaft alles als „Zeugen" gegen den Abgeordneten Pankratz anschleppt, nämlich unter anderen — es ist dies in den amtlichen Protokollen durch Zusatz besonders bemerkt — den Zeugen E. Piotrowski, der „bei Anhören der Rede unter übermäßigem Genuß von Alkohol stand", die Zeugin Anastazya Rolla, die eine „geistig minderwertige Person ist" und den Zeugen Rudolf Gabrielski, der „sich genierte (się krępował) Aussagen zu machen". Mit solchen „Zeugen" wagt also eine Staatsanwaltschaft beim Sejm die Auslieferung eines Abgeordneten zu beantragen, von anderen Tatsachen über ihre politische Unkenntnis ganz zu schweigen, daß z. B. die „Bank Polski" keine „Staatseinrichtung" ist, sondern ein Privatinstitut.

Die Immunität (Unantastbarkeit) besteht für Abgeordnete bekanntlich zu dem Zweck, daß sie nicht wegen jeder Bagatelle vor das Gericht zitiert werden sollen, da sie die Zeit mit wichtigeren Dingen auszufüllen haben.

Wo bleibt die Sparkommission?

Der „Głos Prawdy" berichtet, daß die Kreistage der östlichen Grenzgebiete zum „standesgemäßen" Empfang des Staatspräsidenten bedeutende Geldbeträge zur Verfügung gestellt haben. So sollen u. a. Słonim 39 Milliarden, Lida 46 Milliarden und Nowogródek 30 Milliarden verausgabt haben.

Wir leben in einer demokratischen Republik und um den Staatspräsidenten „würdig" zu empfangen, wird ein Aufwand gemacht, den kaum ein Potentat der Vorkriegszeit erlaubt haben würde. Unsrem Staatspräsidenten bereitete die „standesgemäße" Aufnahme jedoch große Freude, was er ja in seinen Reden nicht unterließ, lobend zu unterstreichen. Der Staatspräsident sprach aber auch von der Sanierung der Finanzen und davon, daß jeder echte Patriot die verdammte Pflicht und Schuldigkeit habe, durch Sparsamkeit das Sanierungswerk der Regierung zu unterstützen und damit das Vaterland vor dem Ruin zu retten. — Dort, wo man kann und wo es Pflicht ist, zu sparen, wirft man mit Grandezza des echten polnischen Magnaten das Geld auf die Straße.

Die Ausplünderung Polens.

Dem allgemeinen Chor der Industriellen, die Regierung möge neue Kredite gewähren, haben sich auch die Holzhändler angeschlossen. Eine in Warschau weilende Delegation verhandelt augenblicklich mit Grabski. Zu erwähnen ist, daß diese Händler sich mit der Ausfuhr von Holz aus den Grenzgebieten nach dem Ausland beschäftigen. An diesen Geschäften verdienten sie horrende Summen. Als schlaue Kaufleute legten sie das Geld in fremden Devisen in ausländischen Banken an. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß einer der Holzspekulanten über eine Million Dollar in einer Londoner Bank untergebracht hat. Und wieviel Spekulanten gibt es, die kleinere Beträge nach dem Auslande verschoben haben? Auf diese Weise haben alle Industriellen, Kaufleute und Großgrundbesitzer ihr Schäfchen im Auslande ins Trockene gebracht. Heute, wo die Furcht vor dem Sinken der polnischen Mark nicht besteht, wäre es doch angebracht, daß diese Herrschaften das Geld wieder nach Polen bringen, um in der Zeit der Sanierung der Finanzen die Betriebe nicht ruhen zu lassen. Doch weit gefehlt. Das Geld im Auslande wird sozusagen für die schwarze Stunde, die diese Herren in ihrer schlotternden Angst ständig fürchten, bereit gehalten. Und hier im Lande werden die Arbeiter auf die Straße gejagt und der Regierung vorgejammert: Wenn ihr wollt, daß die Arbeiter wieder Beschäftigung finden, dann müßt ihr uns Kredite gewähren. Aber Kredite, daß es sich lohnt.

Wenn es die Regierung fertig bringen könnte, festzustellen, wieviel polnisches Kapital sich im Auslande befindet und es auf irgend eine Weise wieder nach Polen zu bringen, dann brauchte Grabski wegen der Sanierung nicht soviel schlaflose Nächte verbringen.

Ein Verlegenheitskabinett der Rechten in Frankreich.

Die Kommunisten befürchten einen Gewaltstreich.

Präsident Millerand hat Marsal, Mitglied des Nationalen Blocks, mit der Kabinettsbildung betraut. Marsal hat den Auftrag übernommen und dürfte in den nächsten Tagen den beiden Kammern die neue Regierung vorstellen. Marsal wird eine Erklärung Millerands verlesen und die Kammern auffordern, dazu Stellung zu nehmen. Die neue Mehrheit wird sich wahrscheinlich dagegen aussprechen und die Konstituierung einer Regierung fordern, die dem durch die Wahlen bekundeten Willen des französischen Volkes entspricht. Dies würde den Rücktritt Millerands zur Folge haben.

Die Kommunisten veröffentlichen in der „Humanité" einen Aufruf, in dem sie den sofortigen Rücktritt Millerands fordern. Es heißt darin:

Während die Führer des Linksblocks Millerand passiv durch die Windungen der Verfassung folgen, mit denen der Präsident sich amüsiert, bereitet er mit den Generalen Mangin, Lyautey und Lasson, und anderen Offizieren, die ihn umgeben und drängen, einen Gewaltstreich vor. Die Anzeichen für eine derartige Politik sind zahlreich und besorgniserregend. Die Truppen der Militärschule in Versailles und die Formationen von Saint-Germain, deren Offiziere fast alle der Aktion Française zuzuzählen sind, sind alarmiert.

Der Aufruf verlangt schärfsten Widerstand gegen die Offensive der von Millerand ausgehenden Reaktion.

Französisch-russische Freundschaft.

Aus Moskau wird gemeldet:

Man verzeichnet hier mit Genugtuung die Gründung einer Gesellschaft „Französisch-Ssowjetistische Freundschaft" unter dem Vorsitz von Herriot in Paris. Die Gründer sind die Senatoren Dr. Monzie, Thierry, Rostand und die Abgeordneten Herriot, Painleve, Godard, Moutet, Boncourt, Charles Gilde u. a. m.

Was sagt man in Polen zu dieser gefährlichen Freundschaft?

Englisch-russische Annäherung.

Die Frage der englischen Guthaben in Rußland kam auf der englisch-russischen Konferenz neuerlich zur Sprache. Die Ssowjetdelegierten erklärten es für äußerst wichtig, sich zunächst über das Zahlungsprogramm zu einigen, insofern es mit den Vorkriegsschulden in Zusammenhang steht. Darauf erwiderten die englischen Kommissionsmitglieder, daß sie nicht daran denken, von Rußland sofort die Bezahlung seiner Schulden zu verlangen. Hierauf schlugen die Ssowjetvertreter vor, die beiden Regierungen möchten sich über die Festsetzung einer Summe einigen, die dazu verwendet würde, die Forderungen der Gläubiger zu begleichen. Aus dem Verlauf der Verhandlung gewinnt man den Eindruck, daß man auf beiden Seiten in dieser Frage zu einer Einigung gelangen will. Die englischen Delegierten erklärten am Schlusse der Sitzung, daß ihnen viel an der wirtschaftlichen Wiedergeburt Rußlands liege.

Die Politik der neuen deutschen Regierung.

Der Reichstag hat der Regierung Dr. Marx das Vertrauen ausgesprochen. Gegen die Regierung stimmten die Kommunisten, die Deutschvölkischen und Deutschnationalen.

Die Regierung Marx-Stresemann wird, weil sie muß, eine auswärtige Politik treiben, die u. a. folgende Ziele hat: 1. Freilassung der Ruhrgefangenen, 2. Rückkehr der Ausgewiesenen, 3. Zurückführung der Regiebahnen in die Reichsbahnverwaltung, 4. Aufhebung der inneren Zollinie, 5. Räumung des Ruhrgebiets, 6. Räumung auch der anderen besetzten Gebiete zu den vertragsmäßig vorgesehenen Terminen.

Um diese Ziele schnellstens zu erreichen, ist es notwendig, bei der Annahme der Sachverständigenvorschläge stehen zu bleiben und ihre loyale Durchführung sicherzustellen.

Die Regierung weiß, was auf dem Spiel steht. Sie hat keine geschlossene und zuverlässige Mehrheit hinter sich. Wenn sie bestehen will, so muß sie kämpfen und dem Volk die Ueberzeugung beibringen, daß ihre Politik die richtige ist. Die Volkspartei hat den taktischen Versuch unternommen, die Rechtsgefahr durch Kompromisse abzumildern; dieser Versuch ist mißlungen. Der Bestand der Republik ist von rechts her bedroht, und diese Bedrohung ist um so größer, als ihr der Kommunismus Vorschub leistet.

Adalises Ehe.

Roman von **A. Hruschka.**

(9. Fortsetzung.)

Adalise hatte sich eigentlich nur an Eva Martini wärmer angeschlossen. Mit ihr allein besprach sie auch dies oder jenes, was ihr künftiges Leben betraf. Denn Eva verstand sie immer. Sie verstand auch, daß Adalise nicht sehr entzückt war, im Gottulanhaus wohnen zu sollen.

„Die Eltern werden sich in deine Angelegenheiten mischen und vieles tadeln, was doch von deinem Standpunkt aus nur recht und billig ist. Wir modernen jungen Menschen sehen doch das Leben anders an, als sie es zu ihrer Zeit ansahen. Schwiegereltern im Haus tut nie gut!"

Das war Musik für Adalises Ohren.

Eines Tages, als sie wieder bei Eva in deren entzückendem Zimmer war, beide behaglich in bequemen Armstühlen vor dem flackernden Kaminfeuer sitzend, ein Teetischchen zwischen sich, während es draußen stürmte und schneite, sagte Frau von Martini: „Weißt du, daß deine Verlobung mit Leo einem anderen sehr nahe gegangen ist?"

Adalise blickte fragend auf.

„Nämlich Löwenkreuz!" fuhr Eva fort. „Der arme Kerl war seitdem wiederholt hier und klagt mir immer sein Leid. In versteckten Worten natürlich. Aber ich merke es doch heraus. Ich glaube, er hat dich sehr gern gehabt."

„Ich dachte, er habe seinen Abschied genommen und sei verlobt?" fragte Adalise kalt, obwohl bei Eva's Worten eine heiße Welle durch ihren Körper gegangen war.

„Nun, das geht doch nicht so rasch. Eingekommen ist er ja um den Abschied, das ist wahr. Seine Eltern wünschten es durchaus. Aber verlobt? Davon weiß ich nichts. Jedenfalls ist die Verlobung noch nicht geschlossen, und wer weiß, ob es je dazu gekommen wäre, wenn du ihm nicht so plötzlich den Laufpaß gegeben hättest."

Adalise schwieg. Aber ihr Herz schlug plötzlich rasch und wild.

In diesem Augenblick überbrachte der Diener Eva eine Karte. Sie warf einen Blick darauf.

„Ich lasse bitten."

Dann lachte sie leise auf und warf Adalise das Kärtchen in den Schoß. „Wenn man den Wolf nennt ..."

Eine Minute später trat Löwenkreuz ein.

Eva reichte ihm, ohne sich zu erheben, zwei Finger.

„Wie nett, Durchlaucht, daß sie wieder zu einem Plauderstündchen kommen! Nehmen sie sich einen Stuhl heran. Ich gieße ihnen gleich eine Tasse Tee ein."

Er küßte beiden Damen die Hand und rückte seinen Stuhl näher zu Adalise. Seine schwarzen, feurigen Zigeuneraugen verschlangen sie fast mit Blicken.

Wie schön sie war! Ihm schien: als Braut jetzt noch viel berückender als je zuvor ...

Man sprach von gleichgültigen Dingen. Eva erkundigte sich nach einer Menge scheinbar belangloser Dinge, die den Dienst betrafen. Wohin die Schwadron gestern geritten sei. Warum sie vorgestern so lange Dienst gehabt hätten. Wann das letzte Liebesmahl gewesen sei, wie lange es gedauert habe, und wann das nächste sein werde ...

Sie tat das immer, wenn Offiziere aus ihres Mannes Regiment zu ihr kamen. Es war eine Art Kontrolle über seine eigenen Angaben, denen sie nie recht traute. Aber seine Kameraden hatten das längst heraus und verrieten ihn nie.

Adalise hörte gar nicht, was gesprochen wurde. In ihren Ohren tönte immer noch Evas Wort: „Wer weiß, ob es je dazu gekommen wäre, wenn du ihm nicht den Laufpaß gegeben hättest!"

Und dabei fühlte sie seine Augen fast beständig auf sich ruhen, obwohl sie die ihren gesenkt hielt und mit den in ihrem Schoß liegenden Handschuhen spielte.

Wieder trat ein Diener ein.

„Der Bursche vom gnädigen Herrn ist da und hat eine Botschaft für die gnädige Frau," meldete er.

Eva erhob sich ärgerlich und eilte mit einer Entschuldigung hinaus. Gewiß ließ Udo ihr wieder sagen, daß er den Abend auswärts verbringen „müsse" ...

Nach Evas Verschwinden blieb es sekundenlang still im Raum. Bis Löwenkreuz sich plötzlich ganz nahe zu Adalise beugte und, ihr schmerzlich in die Augen sehend, sagte: „Warum haben sie mir das angetan, Adalise?"

„Was meinen Sie?" stammelte sie verwirrt.

„Diese Verlobung mit einem Mann, der ja gewiß sehr ehrenwert und tüchtig ist, aber zu einer Adalise von Hilbert doch durchaus nicht paßt!"

„Durchlaucht ... ich begreife wirklich nicht ..."

„O doch! Sie begreifen mich sehr wohl! Sie wissen, daß ich sie liebe! Daß diese Verlobung mich treffen mußte, wie ein Blitz aus heiterem Himmel!

Warum taten sie es, Adalise? Sie lieben ihn doch nicht! Was kam damals über sie an jenem Abend? Blendete sie sein Geld? Wenigstens die Wahrheit darüber sind sie mir schuldig!"

In Adalises Kopf jagten sich die Gedanken. Er liebte sie also doch. Und vielleicht ... aber nun war es ja zu spät ... Ihr Schweigen ermutigte ihn offenbar.

„Adalise," raunte Löwenkreuz ihr zu, „du hast mich auch geliebt, leugne es nicht, und man hat dir von meiner angeblichen Verlobung vorgeschwatzt ... das war es!" Und ehe sie noch einen Laut herausbrachte, umschlang er sie und küßte sie.

Das brachte sie jäh zur Besinnung. Mit einer entrüsteten Bewegung stieß sie ihn von sich und stand im nächsten Augenblick, hochaufgerichtet wie eine zürnende Königin, vor ihm.

„Durchlaucht, sie vergessen sich!" sagte sie schneidend. „Und sie überschätzen sich auch, wenn sie meinen, ihre Angelegenheiten seien für meine Entschlüsse von Bedeutung. Und obwohl sie keinerlei Recht haben, Fragen an mich zu stellen, so will ich ihnen die eine vorhin gestellte doch beantworten: Nein, man hat mich nicht überredet. Noch weniger würde ich einen Mann des Geldes wegen heiraten. Ich liebe Leo Gottulan, das ist alles!"

(Fortsetzung folgt.)

Will die Regierung bestehen, so muß sie den Schutz der Republik auf ihre Fahne schreiben. Und will sie nicht den Extremen von rechts und links Zutreiberdienste leisten, so muß sie den Arbeitern das Gefühl geben, daß sie von der Republik soziale Gerechtigkeit in den Fragen des Arbeiterschutzes und der Lastenverteilung zu erwarten haben. Nur so und nicht anders kann sie der außen- und innerpolitischen Schwierigkeiten Herr werden. Gelingt ihr das nicht, dann wird ihr kein langes Leben beschieden sein, und Deutschland wird neuen inneren Erschütterungen entgegengehen.

*

Die deutsche Säbelpolitik.

Der Nationalverband der deutschen Offiziere verbreitet eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Der Nationalverband gibt in letzter Stunde nochmals seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Annahme des Sachverständigengutachtens jede Aussicht auf eine dereinstige Befreiung endgültig begräbt. Der Nationalverband deutscher Offiziere weiß sich in seiner ablehnenden Haltung eins mit allen deutschen Männern und Frauen, denen der alte Hanseatenspruch: „Lieber tot als Sklave!“ nicht bloß eine Redensart ist.

Lösung der englischen Wohnbaufrage.

Binnen 15 Jahren 2 1/2 Millionen Hausbauten.

Das Gesundheitsministerium hat nunmehr dem Unterhause die Vorlagen über seine Wohnbaupläne unterbreitet, die den Bau von 2,5 Millionen Häusern innerhalb 15 Jahren planen. Die Staatskasse hat bisher 278 000 Pfund beigetragen, die Lokalsteuern ergaben 135 000 Pfund. Die gegenwärtig so geringen Summen werden natürlich außerordentlich schnell steigen im Verhältnis mit dem Bauprogramm der nächsten Jahre und sollen im Jahre 1933 für den Staat 10 130 000 und für die Lokalsteuern 5 310 000 Pfund betragen.

*

Wahlrechtserweiterung in England.

Der ständige Ausschuß des Unterhauses nahm mit 38 gegen 11 Stimmen den Gesetzentwurf an, mit welchem Frauen, die das 21. Lebensjahr erreicht haben, das Wahlrecht zugesprochen wird, womit die Frauen den Männern gleichgestellt sind.

Der Sekretär des Innern, Arthur Henderson, gab die wichtige Erklärung ab, die Regierung wünsche, daß beide Geschlechter mit dem 21. Lebensjahr das Stimmrecht erhalten. Heute steht in England das Wahlrecht nur den Frauen vom 30. Lebensjahre an zu.

Rußlands Interessen auf dem Balkan.

Nach einer Meldung der Mittelmeeragentur hat Rykow während seines Aufenthaltes in Italien der italienischen Diplomatie den Vorschlag gemacht, die italienischen und russischen Interessen auf dem Balkan nach erfolgter Ueberprüfung in voller Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungen zu regeln. Rykow hätte auch Italien ersucht, die Initiative zu ergreifen, um Bulgarien und Jugoslavien mit Sowjetrußland auszusöhnen. Italien hätte seine Bereitwilligkeit für einen solchen Schritt erklärt, aber die Bedingung gestellt, daß Rußland den im Kaukasus lebenden Italienern eine den Verträgen entsprechende Behandlung zuteil werden lasse. Den Italienern müßte auf wirtschaftlichem Gebiete volle Handlungsfreiheit gewährt werden.

Aufstand in Albanien.

Auf dem Balkan brodelt es wieder einmal. Aus Albanien kommen Nachrichten, die über einen immer mehr um sich greifenden Aufstand berichten. Danach sollen die Aufständischen den Präsidenten der Nationalversammlung ermordet haben. Mechmed Deici, der von der Regierung zur Verstärkung ausgesandt worden sei, habe mit den Aufständischen gemeinsame Sache gemacht. Die Aufständischen haben Alazio besetzt und bei Lesci ein Treffen gewonnen. Der albanische Ministerrat habe die Bedingungen der Aufständischen angenommen und sie aufgefordert, ihren Marsch einzustellen. Dieser Aufforderung wurde aber nicht entsprochen.

Der Ruck nach links.

Die Wahlen in England, Frankreich, Finnland, Australien usw. haben gezeigt, daß in der Mehrheit der Staaten die Linksbewegung im Wachsen ist. Soeben wird der Ausfall der Wahl zum Kongreß in Chile gemeldet: Große Niederlage der Regierungsparteien, überraschendes Wachsen der Linken. — Auch das Ende der Herrschaft unserer gestrengen Herren wird eines Tages kommen!

Alarmnachrichten aus Japan.

„Daily Mail“ veröffentlicht aus Kobe sehr beunruhigende Berichte über die Volksstimmung in Japan. In der Nähe der amerikanischen Botschaft haben sich zwei weitere Fälle von Harakiri ereignet. Die Boykottbewegung gegen Amerika nimmt immer weiter zu, auch die Zeitungen machen Stimmung gegen die Amerikaner.

Die dritte Sitzung des Krankenkassenrats.

In der letzten Sitzung des Krankenkassenrats referierte der Komissar der Krankenkasse, Dr. Giebartowski, über die Lage der Krankenkasse. Bisher hatte die Krankenkasse mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sollte die Krise in der Industrie nicht zu lange dauern, dann besteht die Hoffnung, daß sich auch die finanzielle Lage bessern werde. In der Krankenkasse sind angestellt: 237 Aerzte, 55 Zahnärzte, 42 Feldschere, 100 Apotheker und Provisoren, 368 Büroangestellte, 19 Handwerker sowie 145 andere Angestellte. Das Sanitätspersonal besteht aus 145 Personen. Versichert sind 176,036 Personen sowie 193,640 Familienangehörige. Ein trauriges Kapitel bilden die Organisationsmängel. Die Krankenkasse besitzt weder ein eigenes Spital noch ein eigenes Sanatorium. Die Verwaltung ist noch immer recht schwerfällig, da es an geschultem Personal mangelt. Auf einen Antrag des Bednarczyk von der N. P. R. wurde eine Reglementskommission gebildet, die die Geschäftsordnung für den Krankenkassenrat ausarbeiten soll. Von der Deutschen Arbeitspartei wurde in diese Kommission der Krankenkassenrat Eduard Seibt gewählt.

*

Die P. P. S. sucht Auswege.

Die Verbrüderung der P. P. S. mit der N. P. R. auf dem Gebiete der Krankenkasse hat dieser Partei scharfe Angriffe seitens der übrigen sozialistischen Parteien und der demokratischen Presse eingebracht. Die Lage ist für die Partei derart ernst, daß heute eine Konferenz der Lodzer Bezirke der Partei stattfindet, in der der Standpunkt der Fraktion der Krankenkassenräte einer Revision unterzogen werden soll. Das Lodzer Organ der P. P. S. „Łodzianin“ versteigt sich in der letzten Folge sogar dazu, die Deutsche Arbeitspartei für diesen Pakt schuldig zu machen. Das Blatt schreibt, daß die Deutsche Arbeitspartei der P. P. S. zu schwere Bedingungen gestellt habe, daß sie sprachliche Gleichberechtigung gefordert habe und daß schließlich der Pakt geschlossen werden mußte, weil andernfalls der gewählte Rat aufgelöst worden wäre, da er über keine Mehrheit verfügt. Außerdem wird von einzelnen Mitgliedern der P. P. S. das Gerücht verbreitet, daß die D. A. P. für die Zusammenarbeit mit den Industriellen eingetreten sei.

Im Zusammenhange mit diesem Artikel des „Łodzianin“ und den von der P. P. S. verbreiteten Gerüchten schreibt uns die Fraktion der Krankenkassenräte der Deutschen Arbeitspartei Polens:

1. Es ist nicht wahr, daß seitens der D. A. P. der P. P. S. schwere Bedingungen gestellt wurden. Die D. A. P. forderte nur je einen Vertreter in der Schieds- und Revisionskommission. Diese Bedingungen wurden von der P. P. S. akzeptiert, und erst dann verworfen, als ihr von der N. P. R. zu verstehen gegeben wurde, daß diese Partei mit der P. P. S. Verständigung sucht.

2. Sprachliche Gleichberechtigung hat die Fraktion der D. A. P. nicht gefordert. Diese Forderung sollte gestellt werden, wenn bei den Wahlen in die Verwaltung eine gemeinsame Liste aufgestellt worden wäre. Daß sich die P. P. S. aber gegen diese Gleichberechtigung als sozialistische Partei sperrt, ist für sie bezeichnend.

3. Wenn die P. P. S. nicht mit der N. P. R. gegangen wäre, so wäre dies kein Grund zur Auflösung des Rates, da doch seitens des Hauptversicherungsamtes Wojewódzki als gewählt anerkannt wurde. Selbst aber, wenn die Auflösung erfolgt wäre, so hätte die N. P. R. daran die Schuld und müßte bei den Neuwahlen dieses Verschulden mit Mandateinbußen bezahlen. Die P. P. S. mit der N. P. R. zusammen bilden außerdem ebenfalls keine Mehrheit. Sie verfügen zusammen nur über 43 Mandate, während die Mehrheit 46 zählen muß.

Mit den Arbeitgebern hat die D. A. P. nie verhandelt und ist nie für eine Zusammenarbeit mit denselben eingetreten.

Fraktion der Krankenkassenräte der D. A. P.
(gez) E. Zerbe, Vorsitzender.

Lokales.

Berichterstattungsversammlungen der Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Am vorvergangenen Montag begannen die Berichterstattungsversammlungen der Stadtverordnetenfraktion der D. A. P. über die städtische Wirtschaft. Als Referent trat Stv. Reinhold Klim auf, der in ausführlicher Weise die deutsche Volksschule in Lodz behandelte. Redner flechtete in den Bericht viele Einzelfälle ein und berührte die Frage der Einreichung der Deklarationen seitens der deutschen Eltern, wodurch den Kindern der Unterricht in der Muttersprache gesichert und die deutsche Volksschule erhalten werden kann. Die Aufklärung der deutschen Einwohnerschaft durch die Stadtverordneten der Deutschen Arbeitspartei in zahlreichen Versammlungen, durch die Zeitungen rc. haben bewirkt, daß in diesem Jahre seitens der deutschen Eltern über 100 Deklarationen mehr eingereicht worden sind, als im vorigen Jahre, so daß hierdurch die Zahl der ersten Klassen in dem neuen diesjährigen Schuljahre um ein beträchtliches vergrößert werden müßte.

Zum Schluß berichtete Stv. Klim über den Stand der Kanalisation von Lodz.

Der Bericht wurde von den Versammelten beifällig unter Annahme der nachstehenden Entschließung aufgenommen:

„Die am 2. Juni d. J. versammelten deutschen Wähler nehmen den Bericht des Stadtverordneten Klim mit Genugtuung zur Kenntnis. Sie stellen fest, daß die Tätigkeit des Stadtverordneten Klim auf dem Gebiete des Schulwesens bedeutende Erfolge für unser deutsches Schulwesen gezeitigt hat. Für diese Tätigkeit sprechen die Versammelten dem Stadtverordneten Klim ihren Dank aus und bitten ihn, seine Kräfte auch weiterhin für die Verteidigung der deutschen Schule einzusetzen.“

Aufklärung über den Völkerbund in den Schulen. Das Kultusministerium hat eine Verfügung erlassen, nach welcher in allen Hoch- und Fachschulen in jeder Woche Stunden für den Unterricht über den Völkerbund und seine Ziele eingelegt werden sollen. Das wäre eine ganz vernünftige Verordnung. Nur kommt es aber darauf an, in welchem Geiste dieser Aufklärungsunterricht erteilt wird.

Getreidevorräte im Bereiche des Regierungskommissariats müssen in der Wucherabteilung angemeldet werden. Nichtanmeldung wird mit 3 Monaten Arrest oder 10,000 Zloty Geldstrafe geahndet.

Preissturz für landwirtschaftliche Produkte. In den letzten Tagen sind die Preise für landwirtschaftliche Produkte bedeutend gesunken. Die Kartoffelpreise werden stellenweise um die Hälfte niedriger notiert. Auch die Pferde- und Viehpreise sind stark gesunken. Dieser Preissturz wird dem Bargeldmangel zugeschrieben.

Nickelmünzen zu 20 und 50 Groschen sollen demnächst in Verkehr gebracht werden.

Die Bäckergesellen befinden sich seit einigen Tagen im Streik. Die Schlichtungsversuche des Arbeitsinspektorats sind bisher ergebnislos verlaufen.

Nicht speien! Der Magistrat hat beschlossen, sich an die Stadtverordnetenversammlung zwecks Bestätigung von Vorschriften zu wenden, die das Speien auf Fußböden in Lokalen verbieten. Die Besitzer von Läden, Büros, Werkstätten, Schulen, Hotels, Pensionate, Konditoreien, Restaurationen, Badeanstalten, Friseurstuben, Theater, Kinos, Wartesäle, Straßenbahnwagen usw. sollen zur Anbringung von Spucknäpfen gezwungen werden. Zuwiderhandelnde werden bestraft.

Sport.

Fußballwettspiele.

Am Pfingstsonntag und -Montag wurden nachstehende Fußballwettspiele ausgetragen:

Erster Tag:
M. T. K. (Budapest) — Ł. K. S. 2:1 (2:0)
Union — Touring-Club 3:2 (1:1)
Cracovia (Krakau) — L. Sp. u. Tv. 3:0 (0:0)

Zweiter Tag:
M. T. K. (Budapest) — Ł. K. S. 2:1 (2:0)
Cracovia (Krakau) — Union 3:1 (0:1)
L. Sp. u. Tv. — Touring-Club 12:3 (7:1)

B-Klasse: Meisterschaftsspiele.
G. M. S. — Sturm 2:0 (0:0)
Widzew — Kaniow 3:1 (0:1)

C-Klasse: Meisterschaftsspiele.
Concordia — Ł. K. S. III 4:4 (4:1)
Gendarmerie — Achduth 1:0
Concordia — Sparta 4:0 (1:0)
Strzelec — Spolem 0:1
Rapid — Bar-Kochba 7:1.

Die Fußballolympiade in Frankreich.

Schweiz — Schweden 2:1
Uruguay — Holland 2:1.

Somit gingen Schweiz und Uruguay ins Finale, aus welchem Uruguay als Sieger hervorging.

Uruguay — Schweiz 3:0.

Die Schweiz hat sich tapfer gewehrt, doch konnte sie auf die Dauer gegen die Uruguayer Mannschaft, die, trotz der oft sehr hartnäckigen Spiele, bis zuletzt in tadelloser Haltung war, nicht aufkommen. Der körperlichen Ueberlegenheit hat diese Mannschaft es zu verdanken, daß sie den olympischen Lorbeer gewann.

Schweiz ist zweiter Sieger.

Der dritte Platz wird wahrscheinlich Schweden bezw. Holland zufallen.

Leichtathletik.

Belvedere-Lauf. Am vorvergangenen Sonnabend fand in Warschau auf der Linie Stare Miasto—Belvedere (4 Kilometer) der diesjährige Belvedere-Lauf statt. Als erster ging Lukasiewicz (Polonia) in 12 Minuten 27,4 Sek. durchs Ziel, als zweiter Szelestowski (Polonia) in 12 Min. 41 Sek., als dritter Ziffer (Wisla).

Neue Weltrekorde. In Amerika wurden am Sonntag folgende neue Weltrekorde aufgestellt: In Jowacity lief Wilson 200 Meter in 21,1 Sekunde. In Annabay erzielte Riley im 400 Meter-Hürdenlauf die Rekordzeit von 52,1 Sekunden.

Olympische Spiele in Warschau. Bei den leichtathletischen Wettkämpfen um die Meisterschaft des Warschauer Bezirks wurden folgende Einzelleistungen gezeitigt: Kostrzewski (A. Z. S.) 800 Meter-Lauf — 2 Min. 16 Sek.; Sosnicki (Polonia) Weitsprung mit Anlauf — 6,62 Mtr.; Weiß (A. Z. S.) 200 Meter-Lauf — 22,7 Sek.; Diskuswerfen für Damen Frl. Smid (Polonia) — 21,02 Mtr; 80 Meter-Lauf — Wojnarow (A. Z. S.) 11,9 Sek.

Kleine politische Nachrichten.

Meuterei in Portugal. Die Blätter melden aus Lissabon, daß die Fliegeroffiziere, die mit ihrem neuen Chef Oberst Saranta unzufrieden sind, sich auf dem Flugplatze bei Lissabon verschanzt haben. Die Truppen sympathisieren mit ihnen, ebenso ein Teil der Garnison von Lissabon.

Vertrauensvotum für Mussolini. Die italienische Kammer sprach mit 361 gegen 107 Stimmen Mussolini das Vertrauen aus und billigte somit die Thronrede des Königs.

Zwangserziehung zur Frömmigkeit!

Seltsame Methoden befolgt der „Kirchenkommissar“ des Memellandes, der Bruder des litauischen Landespräsidenten, Pfarrer Gailus, dem bekanntlich gleich nach seiner Wahl von seiner eigenen Gemeinde und von fast allen übrigen des Ländchens scharfe Absagen erteilt worden sind. Er schreibt jetzt Wahlen zur Bildung der evangelischen Landessynode aus. Jede Kirchengemeinde mit 1500 Seelen und darunter soll einen Vertreter wählen, jene von 1500 bis 3000 Seelen deren zwei usw., so daß also auf 1500 Seelen je ein Vertreter kommt. Das passive Wahlrecht erhalten nur Männer und Frauen über 30 Jahren, das aktive Wahlrecht alle über 20 Jahre alten. Jedoch kann nur „ein solcher evangelischer Christ eingetragen werden, der wenigstens einigermaßen seinen kirchlichen Verpflichtungen nachkommt“. Wer das heilige Abendmahl verschmäht, oder es im Zeitraum von 2 Jahren nicht empfangen hat, wer an den Gottesdiensten nicht wenigstens viermal im Jahre teilgenommen hat, ist nicht in die Wahllisten eintragbar. Auch wird nicht eingetragen, wer erst nach den Ostertagen das Abendmahl nahm, vom Besuch des Gottesdienstes kann in Krankheitsfällen zwar abgesehen werden, die Teilnahme am heiligen Abendmahl ist jedoch verbindlich. Herr Gailus teilt in seinem Erlaß freundlicherweise mit, daß er sich bei diesem demokratischen Vorgehen auf Martin Luther stütze, der gesagt habe, daß diejenigen vom Teufel besessen seien, die sich als Christen rühmen und wohl ein ganzes oder gar zwei oder drei Jahre das hochwürdige Sakrament nicht empfangen haben.

Die „Memelländische Rundschau“ bemerkt sehr trocken zu diesem Ukas: „Wäre das Gebiet deutsch, schwedisch oder englisch oder sonstwie, dann hätte man ihn (Herrn Pfarrer Gailus) bestimmt in „Verkennung“ seiner guten Ideen von einem Psychiater beobachten lassen. Hier aber steht er unter dem Schutze seines „großen Bruders“.

Der Unfug des Wahrsagens.

Die Frauen, die sich ohne Wahrsagerinnen und Wahrsager begehen, sind sehr rar. In Versuchung, sich die Zukunft „prophezeien“ zu lassen, ist wohl jede einmal geraten. Im allgemeinen kann man die Frauen, die ohne Pythia nicht auskommen können, in drei Kategorien teilen: die Harmlosen, die Verschrobenen und die Unheilbaren. Die Harmlosen, das sind die Backfische und jungen Damen, die nur wissen wollen, ob der Zukünftige blond oder dunkel, arm oder reich sein wird. Zu der Kategorie der Verschrobenen gehören die alten Jungfern, die wissen wollen, wohin das verlegte Taschentuch hingekommen ist, mit dem sich, als sie noch schön und jung war, der Anbeter seine Nase geschnäuzt hat. Zu den Unheilbaren kann man diejenigen zählen, die beispielsweise sogar in der Zeit der Schwangerschaft nicht von den Wahrsagern lassen können. Diese können es nicht einmal abwarten, was sie in den Schoß gelegt bekommen. Ist es ein Junge oder ein Mädchen, das ist die große Frage? Aber auch unter den Männern gibt es viele, die diesem Unfug huldigen. Wie weit dieser Unfug getrieben werden kann, zeigt nachstehender Kriminalfall, der sich in Erfurt zugetragen und die Polizei veranlaßt hat, energische Schritte gegen die Wahrsager einzuleiten.

Ende des vergangenen Jahres verschwand das dreijährige Söhnchen eines dortigen Eisenbahnbeamten spurlos. Die Mutter des Kindes befragte eine Reihe von Wahrsagerinnen nach dem Geschick des Verschwundenen. Im ganzen hat die geängstigte Frau ihr Glück bei sechs Wahrsagerinnen und Wahrsagern versucht. Die Aussagen dieser sechs Wahrsager lauteten übereinstimmend: Das Kind lebt! Für diese Weissagungen verlangten die Befragten natürlich erhebliche Summen. Das Tollste leistete die Wahrsagerin Schreck. Die Mutter des Kindes mußte ein Hühnerei mitbringen. Das Eiweiß wurde in ein mit Wasser gefülltes Glas gegossen. Am nächsten Tage sollte die Frau wiederkommen. Dann wurde ihr das Glas gezeigt; das Eiweiß hatte natürlich die Gestalt inzwischen verändert. Die Form des Eiweißes wurde nun von der Wahrsagerin der Mutter gedeutet. Die Wahrsagerin sah eine Villa mit Türmen; aus einem Fenster blickte ein Kind hinaus und winkte mit den Armen. Wäre das Kind tot, so meinte die Wahrsagerin, so würde man in dem Glas einen Grabhügel sehen. Nicht viel anders war der Hokuspokus der anderen Wahrsager und Wahrsagerinnen. Am 27. März d. J. wurde das vermißte Kind aus den Fluten der Unstrut gezogen. Die Frau, die von den Wahrsagerinnen um ihren letzten Pfennig betrogen worden ist, befand sich in einem Zustand, der an Wahnsinn grenzte, und die Polizei nahm sich des Falles an. Gegen die sämtlichen sechs Wahrsager und Wahrsagerinnen ist ein Strafverfahren wegen Betrugs eingeleitet worden.

Aus aller Welt.

Das Allen-Komitee speist täglich eine Million deutscher Kinder. Das Ziel, das sich das Allen-Komitee in den Vereinigten Staaten setzte, täglich eine Million deutscher Kinder zu speisen, ist jetzt erreicht. Es liegen Lebensmittel in genügender Menge bereit, um die Durchführung des Speisungswerkes auf dieser Höhe vorerst bis zu den großen Ferien zu gewährleisten. Die Amerikaner tragen jetzt die Kosten für die zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel zu 100 Prozent.

Ein Familiendrama in Piacenza. Aus Mailand wird gemeldet: Der Konservator Astengo hatte infolge eines Liebesverhältnisses mit seiner Sekretärin seine Familie verlassen und seiner Geliebten sein ganzes Vermögen testamentarisch zugesprochen. Sein Sohn suchte ihn auf, um ihn zur Rückkehr zu seiner Familie zu bewegen. Als Astengo dies ablehnte, zog der junge Mann einen Revolver und erschoß seinen Vater sowie zwei auf die Schüsse herbeigeeilte Polizisten und schließlich sich selbst.

Eine Frau mit dem Säugling auf dem Arm — als Bank-Räuberin. Aus Farmington wird berichtet: Eine Frau, die ein kleines Kind auf dem Arme trug, drang in eine Bank ein und zwang die Angestellten mit vorgehaltenem Revolver, ihr 1500 Dollar auszufolgen. Hierauf entfloh sie in einem Auto.

37 Menschen durch einen Orkan getötet. Aus Jackson, 28. Mai, meldet Havas: Heftige Stürme haben die Gegend südlich des Mississippi verheert. Es seien 37 Personen getötet und 70 verletzt worden. Die Stürme haben auch bedeutende Sachschäden angerichtet.

37 ermordete Arbeiter. Infolge der Aussperrung der Arbeiter einer Tabakfabrik in Saloniki kam es zu Unruhen, bei denen 37 Arbeiter getötet und drei Soldaten verwundet wurden.

Gewaltige Wirkung eines Blitzstrahles. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in eine bei dem Dorfe Hühnerwasser bei Haida in Böhmen stehende mächtige alte Kiefer. Die Wirkung des Blitzschlages war eine gewaltige. Die Kiefer, deren Stamm am Boden 60 Zentimeter Durchmesser hatte, wurde entwurzelt und der Stock in kleine Stückchen zerfasert. Noch gewaltiger war die Wirkung des Blitzstrahles auf den Stamm. Ein über 2 Meter langes Stammstück fehlt zwischen Stock und Krone. Dieser Stammteil wurde nämlich in unzählige kleine Späne zersplittert, die wiederum in einem Umkreis von gut 100 Metern herumgeschleudert wurden. Die Erde war auf ebenfalls 100 Meter Umkreis aufgerissen und stellenweise wie mit einem Pfluge durchfurcht.

Offizielle Kursnotierungen.

Devisen	5. Juni	10. Juni
	in Zloty	
Engl. Pfd.	22,39	22,36
Dollar	5,185	5,185
Schw. Frank.	91,15	91,27
Franz. Frank	25,18	25,95
Belg. Frank	22,50	22,74
Goldbons	—,65	—,70

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.